



> [Landrat / Parlament](#) || [Geschäfte des Landrats](#)

Titel: **Parlamentarische Anträge zum Budget 2014**  
Autor/in: Diverse  
Mitunterzeichnet von: --  
Eingereicht am: 31. Oktober 2013  
Bemerkungen: --  
[Verlauf dieses Geschäfts](#)

---

## **Antrag 2013-250\_01 von Gerhard Schafroth, BDP-glp-Fraktion**

### **Antrag auf Rückweisung von Finanzplan 14-17 und Investitionsplan 14-23**

#### **Ausgangslage**

1. Zusammen mit dem Beschluss zur Vorlage 2012-176 hat der Landrat am 16. Mai 2013 beschlossen, dass die Regierung dem Landrat eine Strategie zur Abtragung der Schuld aus der BLPK-Sanierung vorzulegen hat. Wo, wenn nicht im Finanzplan kann diese Rückzahlungs-Strategie zum Ausdruck gebracht werden. Der Finanzplan enthält jedoch keinen Rückzahlung-Plan.
2. Die von der Regierung immer öfter angewandte "Posteriorisierung" von Investitionen ist nichts anderes als das Eingeständnis, dass der Regierungsrat die Investitionen nicht sinnvoll plant, d.h. immer mehr Projekte (mit hohen Kosten) auf Halbe produziert. Eine der Haupt-Verantwortlichkeiten der Regierung ist der sorgfältige und gut geplante Einsatz der personellen und finanziellen Ressourcen. Dazu gehört eine seriöse Abschätzung des für den Kanton maximal finanzierbaren Investitionsvolumens in einem Zeitraum von maximal 15 Jahren und die Beschränkung des Gesamtvolumens der geplanten Investitionen auf einen Betrag, der in diesen Zeithorizont bewältigt werden kann. Diese Minimal-Anforderungen erfüllt der vorliegende Finanz- und Investitionsplan nicht. Dies führt zu einem erheblichen Demokratie-Abbau, indem der Landrat Investitionen beschliesst und die Regierung anschliessend diese Beschlüsse durch "Posteriorisierung" aushebelt.

Durch die Rückweisung des aktuellen von Finanz- und Investitionsplans kann der Landrat erreichen, dass die Regierung die Vorgaben betreffend Schuldenrückzahlung ernster nimmt und die kantonale Finanz- und Investitionsplanung beschränkt auf einen realistischen Finanzrahmen viel sorgfältiger plant.

#### **Antrag**

Der Finanzplan und Finanzstrategie 2014-2017 sowie Investitionsprogramm 2014-2023 wird zur Überarbeitung an die Regierung zurückgewiesen.

## **Antrag 2013-250\_02 von Gerhard Schafroth, BDP-glp-Fraktion**

### **Antrag zu Budget 2014: Ausgeglichenes Budget**

#### **Ausgangslage**

Das Budget 2014 des Kantons Baselland weist einige Positionen auf, die nicht realistisch sind. So insbesondere:

- Einführung Selbstbehalt Krankheitskosten
- Volle Umsetzung der Ü-Massnahmen

Gemäss § 2 des Finanzhaushaltgesetzes ist die Rechnung ausgeglichen abzuschliessen. Angesichts der derzeitigen sehr guten Konjunkturlage müsste der Kanton sogar einen substantiellen Überschuss erwirtschaften können. Zu erwarten ist gemäss aktueller Planung (bei Ausschluss der einmaligen Buchungen wegen der BLPK-Sanierung) jedoch ein Defizit in der Grössenordnung von CHF 40 Mio. (ausgewiesen CHF 23.6 Mio. + Krankheitskosten-Selbstbehalt CHF 15 Mio.) Um dieses Defizit zu verhindern wird der Regierungsrat aufgefordert das Budget soweit anzupassen, dass das Budget unter Berücksichtigung dieser Positionen zumindest keinen Verlust ausweist.

#### **Antrag**

Der Regierungsrat wird beauftragt:

1. Die nicht gebundenen Ausgaben proportional um den Betrag von CHF 40 Mio. zu senken.
2. Den Landrat über das so korrigierte Budget zu informieren.

**Antrag 2013-250\_03 von Kathrin Schweizer, SP-Fraktion**

Mitunterzeichnet von: Bammatter, Brassel, Bühler, Dedeoglu, Hänggi, Joset, Koch, Küng, Maag, Meschberger, Mürger, Pfaff, Schweizer Hannes und Zemp

**2301 Tiefbauamt Strasse**

**314 Baulicher und betrieblicher Unterhalt**

**Reduktion auf CHF 2'100'000**

Mit der Vorlage für einen Verpflichtungskredit über die Jahre 2014-2017 (Vorlage 2013/271) wird ein Effizienzgewinn versprochen. Die gleichzeitige Erhöhung der Ausgaben im Bereich baulicher und betrieblicher Unterhalt ist damit nicht angezeigt. Mit dem vorliegenden Budget wird der bauliche und betriebliche Unterhalt von 11.8 (Budget 2013) auf total 14 Mio. erhöht. Das ist in der jetzigen finanziellen Situation nicht opportun. Darum sollen die gesamten Ausgaben im baulichen und betrieblichen Unterhalt die Budgetwerte 2013 nicht überschreiten.

Da für die Kantonsstrassen aus dem Verpflichtungskredit 9.7 Mio entnommen werden, muss bei den Hochleistungsstrassen das Budget entsprechend gekürzt werden.

**Antrag 2013-250\_07 von Ruedi Brassel, SP-Fraktion**

Kantonale Denkmalpflege, Transferaufwand

**Erhöhung der Subventionen Kulturdenkmäler auf 500'000 CHF**

**Konto**

**2308 / 363**

Das Budget der Denkmalpflege im Bereich der Ausrichtung von Subventionen hat eine Reihe von drastischen Kürzungen hinter sich. Gemäss Rechnung 2010 wurden für die Subventionierung von Kulturdenkmälern noch CHF 763'922 eingesetzt. Heute liegt der im Voranschlag 2014 eingesetzte Betrag unter der Hälfte davon, auf CHF 300'000.

Die Aussage, die früher höher eingesetzten Budgetbeträge seien nicht ausgeschöpft worden, trifft nicht zu. Für die Erfüllung der bestehenden Aufgaben genügt der Betrag von CHF 300'000 nicht. Personen und Institutionen, die bereit sind für die Erhaltung von geschützten Objekten einen Mehraufwand und Mehrkosten auf sich zu nehmen, sollen in Zukunft wieder angemessene Subventionsbeiträge erhalten können. Das erhöht nicht nur die Akzeptanz allfälliger Auflagen sondern trägt darüber hinaus dazu bei, die für die Wahrung unserer Kultur und Identität wertvolle Bausubstanz zu wahren und zu pflegen.

Deshalb beantrage ich, im Budget 2012 im Konto 2308 / 363 den Betrag von CHF 300'000 auf CHF 500'000 zu erhöhen.

## **Antrag 2013-250\_04 der SP-Fraktion**

### **Bereich Polizei Basel-Landschaft**

#### **Erhöhung der Sollstellen bei der Sicherheitspolizei**

Die aktuelle Situation betreffend Einbrüche - zunehmend begangen durch sogenannte Kriminaltouristen - verunsichert die Bevölkerung. Wichtig ist deshalb, dass sich vermehrt Polizist/innen im öffentlichen Raum bewegen. Neben einer intensiven Zusammenarbeit Kantonspolizei - Gemeindepolizei braucht es aber auch genügend Personal.

Die Sicherheitsdirektion sieht vor, im Jahr 2014 drei weitere Polizist/innen anzustellen. In den beiden darauf folgenden Jahren sollen jeweils drei weitere Polizist/innen angestellt werden. Um der aktuellen Situation gerecht zu werden, braucht es einen grösseren Effort.

**Die Anstellung von insgesamt 9 neuen Polizist/innen soll in zwei, statt in drei Jahren vorgenommen werden:**

**2014 5 neue Polizist/innen**

**2015 4 neue Polizistinnen**

**Antrag 2013-250\_05 der FDP-Fraktion**

**2402 Aufsichtsstelle Datenschutz**

**Konto 301 Personalaufwand: - CHF 150'000**

Die Zunahme beim Sollstellenplan ist abzulehnen, bzw. Die neu geplante Stelle ist zu streichen. Die Aufsichtsstelle Datenschutz soll ihren Auftrag mit den bestehenden Personalressourcen erfüllen und sich ggf. durch Priorisierung und Fokussierung ihrer Tätigkeit auf Kernbereiche konzentrieren.

**Antrag 2013-250\_06 von Christoph Hänggi, SP-Fraktion**

Mitunterzeichnet von: Bammatter, Bänziger, Brassel, Bühler, Dedeoglu, Degen, Geiser, Giger, Huggel, Joset, Kirchmayr, Koch, Maag, Meschberger, Münger, Pfaff, Rüegg, Schweizer Hannes, Schweizer Kathrin, Thüring, Wenger, Wiedemann, Würth und Zemp

**Konto/Kontogruppe:** 363 Beiträge an Gemeinwesen und Dritte

**Direktionen/Dienststelle:** Generalsekretariat BKSD (P2500)

**Beibehaltung des Beitrags zu Gunsten der Lehrwerkstätte für Mechaniker: CHF 150'000.-**

Die Mechaniker Lehrwerkstatt (LWB) in Basel bietet eine hochwertige Ausbildung an, von der in besonderem Mass auch Unternehmen in Baselland profitieren. KMUs nutzen dieses Angebot auch zur Ergänzung ihres eigenen Ausbildungsprogramms. Zurzeit stammen rund 50% der Lernenden aus dem Kanton Basel-Landschaft.

Für diese Lernenden erhält die Lehrwerkstätte für Mechaniker Zahlungen gemäss Berufsfachschulabkommen. Falls diese Zahlungen nicht mehr entrichtet werden, können jungen Leute aus dem Kanton Basel-Landschaft nicht mehr aufgenommen werden.

Die Beiträge zugunsten der Lehrwerkstätte für Mechaniker sind im Budget 2014 nicht eingestellt, sondern bleiben gestrichen, obwohl der Landrat im vergangenen Dezember für das Budget 2013 mit 47 zu 28 Stimmen bei 4 Enthaltungen solche Beiträge erneut gesprochen hat.

**Die Entlastungsmassnahme von CHF 150'000.- ist weiterhin zu suspendieren und der entsprechende Betrag im Budget 2014 einzustellen.**